

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

18. WP - 28. Sitzung

am Mittwoch, dem 3. September 2014, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Birte Pauls (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Europaministerin zur Nordseekommission und Nordsee-kooperation und zum neuen NSC-Präsidenten Nilsen	4
2. Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2013/2014 - Ostseebericht	7
Drucksache 18/2033	
3. Gemeinsame Beratung	10
Den schleswig-holsteinischen Mittelstand fitmachen für den europäischen und den weltweiten Wettbewerb	
Antrag der Fraktion der CDU	
Drucksache 18/1865	
Europäische Initiative zum sozialen Unternehmertum in Schleswig-Holstein umsetzen	
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW	
Drucksache 18/1872	
4. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen	12
5. Bundesratsangelegenheiten	13
6. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität	14
7. Verschiedenes	15

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Nachdem der Ausschuss einvernehmlich übereinkommt, den Antrag der Fraktion der PIRATEN betreffend Entschließung des Europaparlaments gegen Massenüberwachung umsetzen - Beschwerde gegen Massenüberwachungsprogramme ausländischer Geheimdienste einreichen, [Drucksache 18/1859](#), einvernehmlich auf einen späteren Zeitpunkt vertagt hat, wird die Tagesordnung in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht der Europaministerin zur Nordseekommission und Nordseeoperation und zum neuen NSC-Präsidenten Nilsen

Einleitend weist Europaministerin Spoorendonk auf den dem Ausschuss zugesandten Hintergrundbericht zur Nordseekommission, [Umdruck 18/3214](#), und auf die Unterschiede zwischen der bereits lange bestehenden und sehr erfolgreich durchgeführten Ostseekooperation und der Kooperation im Nordseeraum hin, die darin bestünden, dass im Nordseeraum ein gemeinsam getragene Nordseeidentität, Kooperationsnetzwerke und die Zusammenarbeit auf nationalstaatlicher Ebene fehle. Ursachen hierfür seien die im Nordseeraum im Vergleich zum Ostseeraum fehlende Integration durch die historischen Umbrüche im Osten und die EU-Erweiterungen sowie die Wahrnehmung der Großregion, weil die Nordsee eher als ein Tor zu den Weltmeeren gesehen werde als ein verbindender Raum, dessen Entwicklung es zu stärken gelte. Als Ansatzpunkte zur Intensivierung der multilateralen Kooperation im Nordseeraum könnten jedoch die Nordseekommission, das INTERREG-Nordseeprogramm der EU sowie - in Grenzen - die Wattenmeerkooperation dienen. Sodann referiert Ministerin Spoorendonk zur Struktur der Nordseekommission die Inhalte des [Umdrucks 18/3214](#). Nach Ausscheiden des bisherigen NSC-Vorsitzenden Ole B. Sørensen habe der neue NSC-Vorsitzende Tom-Christer Nilsen sein Interesse bekundet, dem Europaausschuss sich selbst und seine Arbeit vorzustellen. Dies könne zum Beispiel am 5. November in der Sitzung des Europaausschusses geschehen.

Des Weiteren weist Ministerin Spoorendonk auf das INTERREG-Nordseeprogramm hin. Dies biete nicht nur die Chance, nordseeweite Strukturen aufzubauen, sondern auch Schleswig-Holstein als Land zwischen den Meeren zu positionieren und Synergieeffekte zwischen Projekten in beiden Programmräumen zu erzielen. Sie unterstreicht, dass in der abgelaufenen Programmphase an jedem dritten geförderten Nordseeprojekt Partner aus Schleswig-Holstein beteiligt gewesen seien. In der neuen Programmperiode stünden mit 158 Millionen € knapp

14 % mehr Mittel als zuvor zur Verfügung, die vor allem in den Förderprioritäten Stärkung von Forschung, technologische Entwicklung und Innovation, Ökoinnovationen bei Produkten, Dienstleistungen und Prozessen, nachhaltige Entwicklung sowie grünem Transport und Mobilität investiert werden sollten. Eine Auftaktveranstaltung habe das Europaministerium für alle drei für schleswig-holsteinische Akteure verfügbare INTERREG-Programme im März des Jahres durchgeführt, eine erste Ausschreibungsrunde werde zu Jahresbeginn 2015 erwartet. Sie unterstreicht, dass für die Teilnahme am Nordseeprogramm nicht nur Projektpartner an der Westküste infrage kämen, dies gelte umgekehrt auch für die Teilnahme am Ostseeprogramm. Als Schwierigkeiten beim Nordseeprogramm führt sie an, dass dies mit einer Förderquote von nur 50 % deutlich weniger attraktiv sei als das Programm in der Ostsee mit einer Förderquote von 75 %. Hinzu komme, dass der Ostseeraum psychologisch für viele Akteure in Schleswig-Holstein leichter zugänglich sei als der Nordseeraum sowie die Tatsache, dass die Bundesländer Bremen, Hamburg und Niedersachsen eine stärkere Nordsee- als Ostseeorientierung hätten.

Abg. Poersch zeigt sich verwundert darüber, dass die Nordsee-Anrainerstaaten offensichtlich den Mehrwert einer Kooperation nicht erkennen könnten. Sie plädiert dafür, auf dieser Ebene das Bewusstsein zu schärfen.

Abg. Dr. Klug regt an, im Ausschuss der Regionen (AdR) ein Treffen der für die entsprechenden Regionen zuständigen AdR-Mitglieder zu organisieren und so zu einer Aktivierung des Netzwerks zu kommen.

Abg. Voß weist auf die in der Northsea Commission bestehenden informellen Gruppen hin; unverständlich sei auch für ihn, dass vor dem Hintergrund der vielen gemeinsamen Fragen die Unterstützung der Nationalstaaten für die Nordseekommission so gering sei.

Ministerin Spoorendonk unterstreicht, dass es trotz der die Arbeit erschwerenden Faktoren in der Nordseekommission keine Alternative zu diesem Gremium gebe. Aufgabe der Regionen sei es, die Nationalstaaten mit ins Boot zu holen. Sie hebt hervor, dass die regionale Kooperation von unten gewachsen sei, sich das ehrenamtliche Engagement jetzt aber am Limit befinde und insofern jetzt eine weitere Professionalisierung nötig sei.

Zu der von Abg. Voß angesprochenen informellen INTERREG-Gruppe im Ausschuss der Regionen führt sie aus, dass diese zwar existierten, diese jedoch nicht so aktiv seien, wie man sich dies wünschen könne. Es werde nun versucht, ein neues Format zu finden oder gegebenenfalls auch zwischen den AdR-Gruppen für Ostsee und Nordsee zu kooperieren.

Herr Pfannkuch, Mitarbeiter im Referat Europapolitik am Standort Kiel im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa, ergänzt, dass das Problem sei, dass die Nordseekommission als Organisation in England nicht bekannt sei. Die weitere Entwicklung hänge auch mit der neuen EU-Kommission und der DG Regio zusammen. Die bald zu erwartenden Entwicklungen müssten abgewartet werden.

Ministerin Spoorendonk führt zum INTERREG-Programm Nordsee aus, dass dieses nicht nur die Chance biete, weitere Strukturen in der Nordsee aufzubauen, sondern auch Schleswig-Holstein als Land zwischen den Meeren zu positionieren und Synergieeffekte zu nutzen. In der neuen Programmperiode stünden 158 Millionen € und damit 14 % mehr Mittel als zuvor zur Verfügung.

Auf eine Frage der Abg. Damerow zu den Ausführungen von Ministerin Spoorendonk im Hinblick auf das INTERREG-Nordsee-Programm und zu aktuellen Planungen führt Herr Pfannkuch aus, dass es nun erst einmal darum gehe, die Akteure dazu zu bringen, Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Kosten der Antragstellung, die bereits im Vorfeld entstünden, zu decken. Aufgabe der Landesregierung in diesem Zusammenhang sei, Prozesse anzuschieben. Die Antragstellung selbst müsse vor Ort erfolgen.

Auf eine weitere Frage der Abg. Damerow zu bereits erkennbaren Bestrebungen der Akteure im Land, Anträge zu stellen, führt Herr Pfannkuch aus, dass in diese Antragstellung in der Regel die Fachressorts eingebunden seien und er insofern davon keine Kenntnis erhalte.

Ministerin Spoorendonk weist auf das große Interesse der Landesregierung hin, dass das Nordseeprogramm genutzt werde. Konkrete Verhandlungen und Fragen würden jedoch im Fachressort behandelt.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2013/2014 - Ostseebericht

[Drucksache 18/2033](#)

Ministerin Spoorendonk führt in den Ostseebericht ein. Er stelle einen Aspekt der Bemühungen der Landesregierung dar, Ostseepolitik wieder sichtbarer zu machen und ihr neue Impulse zu geben. Sie unterstreicht, dass sie gegenüber Vertretern des Auswärtigen Amtes und der EU-Kommission auch dafür geworben habe, Kultur zum Schwerpunktthema im Ostseeraum zu machen. Im Februar 2013 habe die EU-Kommission den Aktionsplan zur Ostseestrategie weiterentwickelt und revidiert, sodass jetzt auch Kultur ein eigener Schwerpunkt in der EU-Ostseestrategie sei. Schleswig-Holstein und Polen seien zur Umsetzung des Schwerpunkts Kultur in der EU-Ostseestrategie benannt worden, was für das Land Schleswig-Holstein ein Erfolg sei. Ziel sei, möglichst viele Akteure aus Schleswig-Holstein in die Arbeit einzubinden und mit einer Reihe von Partnern auch das kulturelle Erbe im Ostseeraum stärker sichtbar zu machen, zum Beispiel in Kooperation mit Ars Baltica, Jazz Baltica, Folk Baltica und dem Schleswig-Holstein Musikfestival. Auch die Stiftung schleswig-holsteinische Landesmuseen sei an der Erhaltung des kulturellen Erbes beteiligt, in dem konkreten Fall durch die Erstellung eines Managementsystems zum kulturellen Erbe. Mit dem Projekt Ostseegeschichtsbuch, das von der Academia Baltica als Leadpartner betreut würde und das aus einer Reihe von Veranstaltungen bestehe, solle auch die Frage der kulturellen Identität im Ostseeraum problematisiert werden. Schleswig-Holstein solle damit auch als Standort für Kultur- und Kreativwirtschaft gestärkt werden, und dieser Wirtschaftszweig solle zum Wachstum beitragen. Sie habe bei einem Besuch in Estland auch weitere Gespräche geführt. Gemeinsam mit der polnischen Kulturministerin habe sie selbst den Startschuss für einen Kulturdialog im Ostseeraum gegeben. Im Rahmen des Kulturdialogs sollten auf allen Ebenen Gespräche darüber geführt werden, wie die Priorität Kultur vorangebracht werden könne. Er solle Denk- und Handlungsanstöße geben. Die Resonanz sei insgesamt sehr positiv gewesen. Das zeige sich auch darin, dass Lettland, das im kommenden Jahr die EU-Ratspräsidentschaft innehaben werde, den Kulturdialog weiterführen wolle.

Auch vor dem Hintergrund der Krise in der Ukraine - so führt Ministerin Spoorendonk weiter aus - sei es wichtig, die konstruktive Nachbarschaft im Ostseeraum zu erhalten und den Dialog mit den russischen Partnern zu führen. Sie weist auf die verschiedenen Delegationsreisen hin, die auch in dem Gebiet Kaliningrad stattgefunden hätten - ein Dialog, der nicht zuletzt aufgrund der Initiative des Landtags bestehe.

Ministerin Spoorendonk führt weiter aus, dass im Herbst das neue INTERREG-5-b-Ostseeprogramm aufgelegt werde. Das Budget dieses Programms sei mit 264 Millionen € um 25 % gestiegen. Auch die Einbindung schleswig-holsteinischer Akteure in der vergangenen Förderperiode sei positiv zu bewerten, 21 von 90 durchgeführten Projekten hätten unter schleswig-holsteinischer Beteiligung stattgefunden. Insgesamt sei es möglich gewesen, eine Summe von 6,5 Millionen € ins Land zu holen. Das Europaministerium werde die Aufgabe der transnationalen Prüfbehörde übernehmen, während die Investitionsbank Schleswig-Holstein die Funktion der Verwaltungsbehörde und der bescheinigenden Stelle in Sachen INTERREG für das Land übernehmen werde. Die in dieser Förderperiode stattfindende Ausweitung des INTERREG-4-a-Gebiets müsse ihrer Ansicht nach dazu führen, darüber nachzudenken, wie man die Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark weiter intensivieren könne, wozu das Düppel-Jahr einen Anfangspunkt gegeben hätte. Wichtig sei auch, Möglichkeiten zu eruieren, dass die junge Generation zusammenkomme, um die Zusammenarbeit auch auf dieser Ebene zu intensivieren.

In Zusammenarbeit mit der STRING-Kooperation erläutert Ministerin Spoorendonk, dass es der Landesregierung wichtig sei, politische Impulse zu geben, die zeigten, dass man die regionale Zusammenarbeit dort als Chance sehe. In diesem Zusammenhang dürfe man sich nicht auf die feste Fehmarnbelt-Querung konzentrieren und sich nicht damit begnügen. Die Fehmarnbelt-Days, die gemeinsam von Schleswig-Holstein und Dänemark in Kopenhagen ausgerichtet würden, stünden unter der Überschrift „Grünes Wachstum, Regionen in Bewegung“.

Abg. Beer plädiert dafür, das Thema der Ostseekooperation an prominenter Stelle auch im Landtag selbst zu behandeln. Dies sei besonders vor dem Hintergrund der zunehmenden Rhetorik notwendig, die an den Kalten Krieg erinnere.

Zum Ostseejugendsekretariat unterstreicht Ministerin Spoorendonk, dass die zentrale Frage sei, wie es gelingen könne, ein Ostseejugendforum zu etablieren. Man brauche auch das Engagement der jungen Generation im Zusammenhang mit der Ostseekooperation. Sie bringt ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass die Arbeit des Ostseejugendsekretariats gesichert werden könne, und hebt hervor, dass das Europaministerium Anfang August eine Anschubfinanzierung von 10.000 € bereitgestellt habe. Bis Ende September solle dadurch ein Projektantrag im Rahmen des ERASMUS-Plus-Programms ermöglicht werden. Im Fall einer erfolgreichen Antragstellung könnten ab 2015 weitere strategische Partnerschaften mit einer Dauer bis zu drei Jahren aufgebaut werden. Die maximale Fördersumme bei ERASMUS-Plus liege bei 150.000 € pro Jahr und sei damit aus Sicht der Landesregierung ein wichtiger Baustein zum Aufbau eines Ostseejugendforums. Wichtig sei, hervorzuheben, warum die Arbeit des Ostsee-

jugendsekretariats nötig sei, nämlich zur Einrichtung eines Ostseejugendforums. In der Zeit von Oktober bis Januar müssten jedoch weitere Gelder generiert werden, um das Überleben des EU-Ostseejugendsekretariats sicherzustellen. Sie weist darauf hin, dass aus ERASMUS-Plus-Fördermitteln maximal 500 € pro Monat für Personal verwendet werden könnten, was eine Finanzierungslücke für die kommenden Jahre von 61.000 € öffne. Ziel müsse mittel- und langfristig sein, dass sich die Parlamente im Ostseeraum auch finanziell engagierten, um die Investition mitzutragen. Sie begrüße, dass es mit der Jugendkonferenz zur Kieler Woche auch im Jahr 2015 weitergehen solle, was ebenfalls ein wichtiger Baustein sei.

Abg. Waldinger-Thiering plädiert ebenfalls für den Erhalt des Ostseejugendsekretariats.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Gemeinsame Beratung

Den schleswig-holsteinischen Mittelstand fitmachen für den europäischen und den weltweiten Wettbewerb

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1865](#)

Europäische Initiative zum sozialen Unternehmertum in Schleswig-Holstein umsetzen

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1872](#)

(überwiesen am 14. Mai 2014 an den **Wirtschaftsausschuss** und den **Europausschuss**)

Einleitend zu den Tagesordnungspunkten führt Herr Wolff, Mitarbeiter im Referat Technologie, Politik und Technologietransfer im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, in die regionale Innovationsstrategie, [Umdruck 18/3322](#), ein. Man könne seit dieser Woche, das sei auch der Grund für die kurzfristige Verteilung, davon ausgehen, dass die Kommission das Papier so akzeptiere.

Der Vorsitzende weist auf die Möglichkeit hin, dringende Vorlagen den Ausschussmitgliedern auch per E-Mail zeitnah zur Verfügung zu stellen.

Nach einer kurzen Verfahrensdiskussion berichtet Herr Wolff zu der Entstehungsgeschichte der regionalen Innovationsstrategie, die nach Aufforderung der EU-Kommission von allen Regionen in ähnlicher Form entwickelt worden sei. Ziel der Kommission sei, die knapper werdenden Strukturfondsmittel mit der Zielsetzung der EU-20-20-20-Strategie zu verknüpfen. Die Kommission beabsichtige dabei unter anderem, dass sich die Regionen spezialisierten. Dabei habe die Europäische Union deutlich gemacht, dass auch soziale Innovationen Teil einer Innovationsstrategie sein könnten. Die Entwicklung einer Innovationsstrategie sei eine Ex-Ante-Konditionalität zur Genehmigung von Mitteln aus dem EFRE. Die Strategie habe zeitgleich mit dem Operationellen Programm zum EFRE erarbeitet und bei der Kommission

eingereicht werden müssen. Die Europäische Union habe Vorgaben gemacht, wie die Innovationsstrategie auszusehen habe. Grundlegende Ideen seien, Stärken zu stärken und auch sogenannte Cross-Innovations zu schaffen. Ziel sei, Synergieeffekte aus zwei nur in einer bestimmten Region im Fokus stehenden Programme zu generieren, in Schleswig-Holstein zum Beispiel aus Meeresforschung und Oberflächenforschung. Wichtig sei für die Kommission auch bei der Schaffung der Vorgaben gewesen, dass die Regionen den Dialog mit den Stakeholdern führten und die Strategie gemeinsam mit diesen zu entwickeln. Das Land habe sich als Gutachter die Prognos AG herangezogen, die in einer Studie zahlreiche Interviews mit wichtigen Akteuren im Bereich Innovation und Technologie geführt habe. Herr Wolff weist in diesem Zusammenhang auf die Spezialisierungsfelder (siehe [Umdruck 18/3322](#), ab Seite 65) hin. In der indikativen Finanzplanung habe es Änderungswünsche der Europäischen Kommission gegeben, dort sei eine entsprechende Anpassung vorgenommen worden.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimme der Fraktion der PIRATEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW empfiehlt der Europaausschuss dem federführenden Wirtschaftsausschuss, dem Landtag den Antrag der Fraktion der CDU betreffend Den schleswig-holsteinischen Mittelstand fitmachen für den europäischen und den weltweiten Wettbewerb, [Drucksache 18/1865](#), zur Annahme zu empfehlen.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktion und der PIRATEN bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP empfiehlt der Europaausschuss dem federführenden Wirtschaftsausschuss sodann den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW betreffend Europäische Initiative zum sozialen Unternehmertum in Schleswig-Holstein umsetzen, [Drucksache 18/1872](#), dem Landtag ebenfalls zur Annahme zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht aus dem Ausschuss der Regionen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bundesratsangelegenheiten

hierzu: [Umdrucke 18/3161](#), [18/3162](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

Abg. Beer weist auf die noch ausstehenden Beratungen zu dem Antrag ihrer Fraktion betreffend Transparenz im Bundesrat, [Drucksache 18/923](#), sowie zu EUDISYS, [Drucksache 18/1860](#), hin. Sie weist auf das von Landtagspräsident Schlie angekündigte Gespräch mit Vertretern der Fraktionen hin und plädiert dafür, dieses zeitnah zu führen.

Auch Abg. Voß spricht sich dafür aus, die Anträge nach einem Gespräch mit dem Landtagspräsidenten abschließend zu beraten und dem Landtag eine Beschlussfassung zuzuleiten. Der Vorsitzende fordert die Fraktionen auf, der Ausschussgeschäftsführung ein Signal zu geben, wenn die fraktionsinternen Absprachen zu den Anträgen abgeschlossen seien.

Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

hierzu: [Umdruck 18/3226](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Nach einer Diskussion kommt der Ausschuss überein, seine am 4. September abgesagte Sitzung gemeinsam mit dem Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft auf den 28. November 2014 zu verlegen.

Der Vorsitzende weist auf eine Einladung der Europa-Union zu einem Parlamentarierfrühstück am 8. Oktober hin.

Abg. Dr. Klug regt an, im Frühjahr 2015 eine Informationsreise nach Brüssel durchzuführen. - Der Ausschuss beschließt, diese durchzuführen.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 11:35 Uhr.

gez. Peter Lehnert
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer